

3982/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.06.2002

ANFRAGE

**der Abgeordneten Mag. Maier, Maria Kubitschek
und GenossInnen
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen
betreffend "Verwaltungsassistent - Ausbildungsverordnung - Ergebnisse"**

Aufgrund der §§ 7, 8, 24 und 27 Abs. 2 des Berufsausbildungsgesetzes BGBl. Nr. 142/1969, zuletzt geändert durch die Berufsausbildungsgesetz-Novelle 1997, BGBl. I Nr. 67, wurde damals, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, die Verwaltungsassistent - Ausbildungsverordnung verordnet.

Diese Verordnung legt die Lehrzeit, Berufsprofil, Berufsbild und die Bedingungen der Lehrabschlussprüfung fest.

Durch diese Verordnung sollte es auch den öffentlichrechtlichen Gebietskörperschaften möglich sein, junge Menschen auszubilden, um sie auf ihren späteren Beruf, als Beamte oder Vertragsbedienstete im öffentlichen Dienst, vorzubereiten.

Zusätzlich stellte die Schaffung dieser Ausbildungsmöglichkeit, ein wirksames Mittel dar, die Probleme im Bereich des Lehrplatzmangels zu bekämpfen. Voraussetzung ist allerdings, dass man diese Möglichkeiten, durch die öffentliche Hand, auch anbietet.

Die jüngsten Zahlen der Arbeitslosenstatistik zeigt deutlich, wie negativ sich dieser Bereich in Österreich entwickelt hat.

Besonders dramatisch ist der Zuwachs der Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Österreich neuerlich stärker gestiegen als die Gesamtarbeitslosigkeit.

Immer mehr junge Menschen finden in Österreich keinen Einstieg ins Berufsleben. Es ist eine Katastrophe, wenn junge Menschen nicht wissen, wie sie sich eine Existenzgrundlage schaffen sollen. Für das Schicksal dieser jungen Menschen trägt die Haider-Schüssel-Koalition die Verantwortung.

41.000 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 25 sind arbeitslos und bezahlen für das Nichtstun dieser Bundesregierung. In der Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen ist die Arbeitslosigkeit sogar um 28 Prozent gestiegen.

Auch die Situation am Lehrstellenmarkt in Österreich ist besonders angespannt. Derzeit suchen 3.400 junge Menschen eine Lehrstelle - ein Drittel mehr als im

Vorjahr. Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten offenen Lehrstellen um 6 Prozent zurückgegangen.

Wirtschaftsminister Bartenstein hat Anfang Februar versprochen, dass jeder Jugendliche zumindest eine Lehrstelle bekommt. Seither ist nichts passiert! Diese blau-schwarze Bundesregierung raubt den jungen Menschen in Österreich ihre Zukunft. Hier ist dringender Handlungsbedarf gefordert.

Damit ergibt sich die Frage, welchen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die einzelnen Ressorts unmittelbar dadurch leisten, dass junge Menschen zu Verwaltungsassistenten ausgebildet werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an alle Mitglieder der Bundesregierung - so auch an Sie - nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele junge Menschen wählten 1997, 1998, 1999, 2000, 2001 und 2002 (Stand 30.6.2002) den Lehrberuf Verwaltungsassistent in Ihrem Ressort (inkl. nachgeordnete Dienststellen) und wurden dementsprechend ausgebildet (Aufschlüsselung auf Jahre und Dienststellen in den einzelnen Bundesländer)?
2. Wie viele davon waren Mädchen, wie viele davon waren Burschen?
3. Wie viele junge Menschen in Ihrem Ressort (inkl. nachgeordnete Dienststellen) die Berufsausbildung im Lehrberuf Verwaltungsassistent 1999, 2000, 2001 und 2002 (bis 30.6.2002) erfolgreich abgeschlossen (Aufschlüsselung auf Jahre und Dienststellen in den einzelnen Bundesländer)?
4. Wie viele davon waren Mädchen, wie viele davon waren Burschen?
5. Wurden die erfolgreichen Absolventen dieses Lehrberufes im öffentlichen Dienst weiterbeschäftigt?
6. Wenn ja, wie viele in den Jahren 1999, 2000, 2001 und 2002 (bis 30.6.2002) (Aufschlüsselung auf Jahre und Dienststellen in den einzelnen Bundesländer)?
7. Wie viele davon in Ihrem Ressort (Aufschlüsselung auf Dienststellen)?
8. Wenn nein, weshalb nicht?
9. Welche weiteren beruflichen Chancen (z.B. Privatwirtschaft) räumen Sie einen ausgebildeten Verwaltungsassistenten generell ein, welche nach dieser Lehrausbildung vom öffentlichen Dienst **nicht** übernommen wurden?
10. Welche Erfahrungen haben Sie mit Verwaltungsassistenten bislang gemacht? Welche Erfahrungen mit der Ausbildung zum Verwaltungsassistenten?

11. Welchen Beitrag kann Ihr Ressort zur Verbesserung der Jugendbeschäftigung leisten?
12. Wurde die Möglichkeit der Berufsausbildung zum Verwaltungsassistenten, durch Ihr Ressort, der Öffentlichkeit bekannt gemacht?
13. Wenn ja, in welcher Weise und wann?
14. Wenn nein, weshalb nicht?